Der verlorene Kampf der RAF



Zur bundesweiten Demonstration für die Freilassung der »politischen Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand« trafen sich am 20. Juli diesen Jahres rund 2.000 Teilnehmer in Bonn.

Foto: Kühl

Was ist die »Rote Armee Fraktion« (RAF)? Wie ist sie entstanden, was waren, was sind ihre Ziele? Wo steht sie heute? Was bringt die »Kinkel-Initiative«?
HAJM-Redakteur Michael Kühl wirft ein Schlaglicht auf die Terrororganisation.

Als im Jahre 1964 die südvietnamesische Regierung aufgrund stark zunehmender Guerilla-Aktionen durch die sogenannte Vietkong kurz vor dem Zusammenbruch stand, verstärkte die US-Regierung ihr militärisches Engagement und machte durch Bombenabwürfe und den Einsatz von Napalm von sich reden. Die Bilder dieses Krieges, dem in erster Linie die wehrlose Zivilbevölkerung Vietnams zum Opfer fiel, gingen um die Welt und lösten einen Sturm der Entrüstung aus. Demonstrationen wurden ins Leben gerufen, es gab lautstarke Proteste vor dem Amerika-Haus in West-Berlin, Plakate wurden geklebt, die die Bevölkerung wachrütteln sollten (»Wie lange noch lassen wir zu, daß in unserem Namen gemordet wird?«).

In diesen Tagen der Studentenrevolte spaltete sich eine kleine Gruppe ab, um den bewaffneten Kampf gegen den »Imperialismus« aufzunehmen. Ihr Vorhaben war nicht nur dessen Zerschlagung, sondern vor allem auch eine Revolution mit dem Ziel, ein menschenwürdiges Dasein für die Unterdrückten dieser Welt zu schaffen.

Für die Durchsetzung ihres Weltbildes war ihnen jedes Mittel recht, von Entführungen namhafter Staatsoberhäupter bis hin zu deren »Beseitigung«. Die Rede ist von der Terror-Organisation »Rote Armee Fraktion« (RAF). Seit der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer 1977 beschäftigte sich die Gruppe, die auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus basierte, vornehmlich mit den Haftbedingungen und der Gefangenenbefreiung in der Bundesrepublik.

Nach dem wirtschaftspolitischen Scheitern in den meisten Bastionen des Kommunismus mußten sich die RAF-Kader jedoch eingestehen, daß es ihnen nicht gelungen war, das Volk für die geplante Revolution zu mobilisieren. Beobachter der Sympathisantenszene wollen daraufhin eine »starke Verunsicherung« innerhalb der politischen Linken festgestellt haben.

Der Gewalt abgeschworen?

Am 10. April diesen Jahres verkündeten RAF-Funktionäre in einer spektakulären Erklärung, »gezielte Übergriffe auf Repräsentanten aus Staat und Wirtschaft vorerst einzustellen.« Im Gegenzug wurde die sogenannte »Kinkel-Initiative« ins Leben gerufen. Sie besagt, langjährig Inhaftierte der RAF aus dem Strafvollzug zu entlassen, wenn sie dem bewaffneten Kampf abschwören. Im Zuge dieser Liberalisierung wurde der zu lebenslanger Haft verurteilte Kader Günther Sonnenberg nach mehr als 15 Jahren entlassen.

Doch genau hier liegt das Problem: Die Gefangenen aus RAF und Widerstand sehen den Zwang, politischer Gewalt abzuschwören, als eine Initiative der Bundesregierung, den Willen für den Aufbau einer neuen Gesellschaft zu unterdrücken. Das trägt dazu bei, das Feuer von politisch motivierter Gewalt, die nicht zuletzt auch der Unterstützerszene zugerechnet wird, zu schüren.

Dennoch ist sich die Kommando-Ebene der RAF einig, künftig keine Gewalt mehr für politische Ziele einzusetzen. »Wir brauchen jetzt die Zäsur für einen neuen Aufbruch«, so die Überschrift einer Erklärung, die in der alternativen »tageszeitung« (taz) veröffentlicht wurde. In dem Schreiben, daß anläßlich des Weltwirtschftsgipfels in München publiziert wurde, heißt es: »Wir sind mit unseren Aktionen an eine Grenze gestoßen. Wir konnten damit nicht die Prozesse, die wir für notwendig halten, in Bewegung setzen.«

Wenn auch die bewaffnete Gewalt zur Disposition gestellt wird - die Zielsetzung hat sich keineswegs geändert: »Ein Aneignungsprozeß von unten wird in konkreten Kämpfen und konkreten Forderungen laufen, in denen wir den Herrschenden abringen, was Menschen zum Leben brauchen.«

Nach wie vor richtet sich die Kritik gegen den Pragmatismus deutscher Großmachtpolitik: »Heute walzt die deutsche Mark über den Osten, und, wenn wir das nicht verhindern, die Bundeswehr morgen in die ganze Welt.«

➡

Kann sich der Gewaltverzicht durchsetzen?

Trotz noch so friedfertiger Ansichten der Kommando-Ebene bleibt die Frage offen, ob auch die Anhängerschaft bereit ist, sich dieser Haltung zu beugen. In einem mehrseitigen Schreiben von einer Gruppe, die sich als »Teil des Widerstandes in der BRD« bezeichnet, sind ganz andere Töne zu vernehmen: »In der BRD sind militante Aktionen nicht nur moralisch notwendig, sondern auch politisch sinnvoll!«

Allerdings schlagen nicht nur die Sozialrevolutionäre über die Stränge, sondern auch die Bundesregierung. Während einer Protestaktion anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels hat die Münchner Polizei durch ihre menschenverachtende Haltung von sich reden gemacht. Brutal wurden Demonstranten unter Zuhilfenahme des berüchtigten Knüppels (Amtsdeutsch: »Schlag- und Abdrängstock«) mundtot gemacht, nachdem sie die Eröffnungszeremonie mit Parolen wie »G7 - Internationale Völkermordzentrale« zu stören versuchten. Der Sicherheitsapparat zeigte der Weltöffentlichkeit sein Gesicht: grüner Kampfanzug, weißer Helm, schwarzer Knüppel - der deutsche Bulle.

So unterschiedlich sich hierzu Volkes Stimme äußerte, so einhellig war die Meinung der liberalen und zum Teil auch der konservativen Presse: »Der Gipfel droht zum Ausnahmezustand zu werden, in dem Protest offenbar nicht mehr ein Bürgerrecht, sondern einen Straftatbestand darstellt« (Süddeutsche Zeitung). »Anstelle der Versammlungsfreiheit galt das Knüppelrecht« (taz). »Weltstadt mit Knüppeln« (Hamburger Abendblatt). Hinsichtlich der Tatsache, daß ultrakonservative CDU/CSU-Politiker den Polizeieinsatz befürworteten, scheint es zweifelhaft, ob es gelingen wird, politische Militanz brachliegen zu lassen.

»Deutsche Waffen und deutsches Geld morden mit in aller Welt«

Gewiß, unter dem Deckmantel der kommunistischen Ideologie wird es wohl kaum realisierbar sein, Volkes Seele zum Kochen zu bringen. Auch die menschenfeindliche Waffengewalt muß zur Disposition gestellt werden. Die Gedankenauslegung des Autoren Wolfgang Pohrt kann nicht der richtige Weg sein, Politik zu betreiben (»Der Fehler der RAF war weder die Anwendung von Gewalt, noch waren es Kriminaldelikte, sondern ihr Fehler war die Niederlage im antiimperialistischen Kampf«). Solange die Mächtigen jedoch nicht bereit sind einzulenken, dürfte es zwecklos sein, von einer Beendigung des Widerstands zu träumen - insbesondere in Hinsicht auf die friedliche Kritik. Erinnern wir uns: Mit deutschen Waffen werden wehrlose Zivilisten zu Fußabtretern der Profitgier degradiert. Beispielsweise in der Türkei, wo mit deutscher Waffengewalt systematisch die kurdische Bevölkerung unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung malträtiert wird. Auch die Waffenlieferungen in den Irak bedürfen keiner weiteren Erläuterung.

Die Regierungen (zu denen auch die Bundesrepublik gerechnet werden kann), welche die mörderischen Diktaturen unterstützen, sollten gewiß sein, daß die Verfechter der grenzüberschreitenden Solidarität jede Möglichkeit nutzen werden, ihre Funktionäre zu putschen. Ob diese Form der Politik de facto zu einem würdevollen Dasein für die Unterdrückten führt, sei dahingestellt. ■

